

Staats-Zeitung.

Bezugspreis
 für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
 regelmäßiger Zusendung 3 M., durch
 die Post 3/20 M., ansehl. Zustellungs-
 gebühren. Bestellungen werden von allen
 Reichspostämtern angenommen.
 Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß
 unter Nr. 6378 eingetragen.
 Bei der Redaktion francoverpflichtet;
 Mag. Schörrer in Halle.

Anzeigen
 werden die Spaltenzeile oder deren
 Raum mit 10 Pfg., solche aus Halle mit
 20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
 von welchen Annoncenstellen und allen
 weiteren Expeditionen angenommen.
 Entfallen die Zeile 75 Pfg.
 Einrückung höchstens zweimal;
 Sonntags und Montags einmal,
 sonst dreimal täglich.
 [Der Abdruck unserer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.]

Nr. 76.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 14. Februar

1901.

Hinwunderdrehlicher Jahrgang.

Verflechtungstaktik.

Schließlich hat sich der Expedient der Seehandlung, Frei-
 herr v. Zedlitz, zu seinen sonstigen Taten auch den Titel
 „Schleimer Devertisierungsstaktik“ erworben durch die Art,
 die vor zwei Jahren die schnelle Erledigung der Kanal-
 vorlage und des Kommunalverflechtungsgesetzes zu durchzuden ver-
 schied. Seine Verflechtungstaktik will er auch gegenüber der
 neuen Kanalvorlage zur Verwendung bringen, und zu diesem
 Zweck hat er sich diesmal in die Kanalkommission selbst hin-
 einzusetzen, während er vor zwei Jahren der Kommission
 nicht angehört hat. Schon in der ersten konstituenten
 Sitzung der Kommission setzte er mit dem Bericht ein, zunächst
 die Kanalbauten, welche zu Zwecken der Landesirrigation vor-
 geschlagen werden und dem Rhein zu gute kommen, vor den
 übrigen Teilen des Gesamtentwerfs zur Beratung zu bringen,
 und er begann damit jene Taktik, die man mit dem Ausdruck
 „Politik der Verflechtung“ gekennzeichnet hat, die aber zunächst
 daran scheiterte, die bei der Vorlage der Kommission, Abg.
 v. Geyern, einen Arbeitsschritt vorzuschlagen hat, nach dem zu-
 erst eine Generalabstimmung der ganzen Vorlage erfolgen und
 später die einzelnen Teile nach der im Gesamtentwurf vor-
 geschlagenen Reihenfolge zur Beratung kommen sollen.
 Am Abend um 11 Uhr, wo wir schon im Morgenblatt
 meldeten, die Kommission ihre erste beratende Sitzung ab-
 gehalten und diese Gelegenheit schon benutzte Herr v. Zedlitz
 mit seinen Freunden von der freisinnigen Partei, zwei
 Entwürfe einzubringen, die darauf hinauslaufen, die Erledigung
 der Vorlage zum nächsten im Monat zu verzoögern.
 Den Herren genügen die im Gesamtentwurf und in den
 Medien gegebenen finanziellen Darlegungen trotz ihrer Un-
 sicherheit nicht, auch nicht die Ergänzungen, die der Finanz-
 minister Dr. v. Mikulic im Abgeordnetenhause selbst gegeben
 hat. Sie verlangen, wie schon kurz erwähnt, eine Nach-
 weisung über die Eisenbahnfinanzien seit den
 letzten 15 Jahren, und zwar nach einem bestimmten
 Schema, in welchem die Brutto-Einnahmen, die Gesamts-
 ausgaben und die dauernden Ausgaben, der Ueberschuss und
 der Prognostik der Einnahmen berücksichtigt werden, ferner
 eine Vergleichung der Verhältnisse mit den Vertriebs-
 eisenbahnen und eine Vertheilung des Ueberschusses auf
 Eisenbahn und Heilungsbau, auf Vergrößerung und Tilgung der
 Staatsschulden, auf allgemeine Staatsausgaben. In einem
 Theil ist das, was in dieser Nachweisung verlangt wird,
 bereits früher mitgeteilt worden und auch in der finanziellen
 Begründung der Vorlage enthalten. Natürlich ist der ganz
 neulichst geprüfte Zeitraum von 15 Jahren finanzieller
 Entwicklung bisher nicht berücksichtigt. Die Anarbeitung
 dieser Nachweisung würde sicherlich geruime Zeit in Anspruch
 nehmen.

Ferner verlangt Herr v. Zedlitz, daß diejenigen Gebiete,
 welche von der durch die geplanten Wasserstraßen eintretenden
 Ermäßigung ihrer Transportgebühren angeblich erheblichen Nach-
 theil haben, eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten ihrer
 wichtigsten Rohmaterialien, sowie ihrer Rohstoffe, wenigstens
 auf weitere Entfernungen, erhalten sollen. Es soll eine Nach-
 weisung der durch diese Tarife ermöglichte zu erwartenden
 Umsätze der Kommission vorgelegt werden mit besonderer
 Berücksichtigung von Schleien. Sodann will Herr v. Zedlitz
 eine Zusammenstellung der Transportkosten der
 wichtigsten Verkehrsgegenstände nach dem Hochwasser mit
 einer Vergleichung der Transportkosten auf dem Eisenbahnen
 und dem Wassertransport. Aber auch das genügt dem
 „Schleimer Devertisierungsstaktik“ nicht. Mit Rücksicht auf
 die Kontinuität des Gesetzes und den geplanten Wasserverkehr
 wegen verlangt er eine Zusammenstellung der Transportkosten
 der Wasserstraßen von Thorn, Danzig, Stettin, Hamburg und
 Bremen nach Danemark, wobei die Förderung auf dem
 Seeweg und dem Dortmund-Emskanal mit der Förderung
 auf dem geplanten Wasserstraßen verglichen werden soll. Als
 letztes verlangt der Wunschthäter des Herrn v. Zedlitz die Vor-
 legung von Material, auf welches sich die Befreiung des
 Landwirthschaftsministeriums stützt, daß nach Herstellung der
 geplanten Wasserstraßen die fiskalischen Fortsinn einen um
 10 Millionen höheren Meinertrag liefern würden. Zufällig ist
 zugleich mit diesem Antrag eine Darstellung des Land-
 wirthschaftsministeriums über die Bedeutung des Mittelstandes
 für die deutsche Landwirtschaft eingegangen, so daß der letzte
 Wunsch des Verflechtungstaktikers schneller erfüllt worden ist,
 als ihm und seinen Anhängern fernerlich sein wird.

Die Taktik, welche die Kanalgenossen einschlagen wollen, ist
 aus den Anträgen des Herrn v. Zedlitz klar ersichtlich. Geht
 die Kommission auf derartige Forderungen ein — und das
 ist bei ihrer Zusammenkunft nur zu wahrscheinlich — so
 muß die Regierung eine Menge weiteren Materials beschaffen,
 das für die Durchführung der Vorlage selbst von herzlich
 geringer Bedeutung ist und bei der Beratung der ersten Kanal-
 vorlage auch von niemand verlangt wurde. Das Ergebnis
 ist natürlich, daß die Erledigung des Gesamtentwerfs
 immer weiter hinauszugeschieben wird. Mit festge-
 setzten Regeln hat im Abgeordnetenhause Herr v. Zedlitz bei
 einer Geschäftsordnungsdebatte bereits erklärt, daß vor
 Pfingsten an den Abgängen der Kommissionsarbeiten nicht zu
 denken sei. Geht es nach dem jetzt vorgelegten Plane, so
 kann man im Zweifel sein, ob er nicht Pfingsten des nächsten
 Jahres gemeint hat. Es wird sich bald zeigen, ob die Mör-
 der der Kommission genügt ist, den Verflechtungstaktiker des
 Herrn v. Zedlitz nachzugehen. Wir fürchten nur zu sehr, daß
 dazu großer Anreiz vorhanden ist.

Deutsches Reich.

Der Besuch des englischen Königs am Berliner Hof
 ist bekanntlich für die nächste Zeit in Aussicht gestellt worden.
 Ein bestimmter Termin wurde noch nicht genannt. Es ist viel-
 leicht angebracht, wenn dieser termin noch schließlich er-
 wartete Besuch an eine Zeit verschoben wird, in der die Dis-
 position über die Bundesangelegenheiten unter Kaiserlichem
 Hohen bestimmt und dem deutschen Volk vom süddeutschen
 Kriegskongress nicht mehr Nachrichten zu geben, die den
 Vortritt der englischen Krone in der deutschsprachigen
 Sprache zeigen. Wenn der Termin des hohen Besuches auch ange-
 setzt sein möge, die Berliner Presse beschäftigt sich bereits mit den
 Eventualitäten eines Empfangs. Die „Nächste Tagesztg.“, die
 natürlich in der Aussicht auf hohe Verehrung sehr vorzüglich
 in ihrem Urtheil sein muß, bemerkt, daß deutsche Volk
 sich Eduard VII. ruhig kommen und auch leben lassen.
 Will dem ihr eigenen süßen Sarkasmus behandelt die „Berl.
 Volksztg.“ das folgende Ereignis:

„Die Berliner Stabverordneten haben — so schreibt sie —
 vor einer neuen, ebenso patriotischen wie ehrenvollen Auf-
 nahme und Aufnahme. Demnach der Tag, an dem der König von Eng-
 land in Berlin eintreffen wird noch nicht bestimmt, aber
 jedenfalls kommt Eduard VII. Danach ist nicht zu zitieln.
 Und weil sie darauf gefest sind, so sprechen die weis-
 schen und tüchtigen Stabverordneten schon jetzt
 davon, daß dem König das freundlichste und verbindlich-
 ste Verhalten zu zeigen, und sich dem König zu zeigen, und
 ebenso feierlich Empfang seiens der Stadt bereit zu sein,
 wie letzten dem Kaiser von Mexiko. Die Stab-
 verordneten, welche damals den überreichthümlichen
 Ankaufskredit von 50,000 M. in großen Staats-
 anstalten werden zu befristeten unternehmen, haben
 bereits den denographischen Frieden Absolut ihrer An-
 sichten darzulegen durchgehenden, ob er ohne wesentliche
 Änderungen für die neue Vorlage verwendbar ist. Wir
 glauben, daß dies der Fall ist. Man braucht nur für Deut-
 schland „England“ und für Deutschland „Vund der
 gemeinsamen Kräfte“ zu setzen, und die Beden sind wieder
 ganz abzuheben. Auch für die feierliche Empfangsfeier
 an den Tribünen auf dem Berliner Platz braucht man nur die
 nöthigen Anordnungen nicht belegen zu sein. Es gehen wir
 dem schlichten Ereignis von besonderem weltthätigen
 Reich entgegen. Die bekannte Weisheit der Stabverordneten
 Vernehmung, während schon in dem erhabenen Gedanken,
 nicht 50,000, sondern 100,000 M. für den feierlichen Empfang
 bewilligen zu können. Eine erhebliche Vertheilung dieser
 Summe kann so zur Erhöhung der Freude der Bevölkerung
 beitragen immer noch auf gegeben werden. Bei solchen Ge-
 legenheiten darf sich eine Stadt wie Berlin nicht lumpen
 lassen!“

Selbst eine vom Volkstheater zum Besten der Geförnten so fest über-
 zeugte Partei, wie es doch die Nationalliberalen sind, kann sich
 eines solchen Vorschlags-Artikels nicht enthalten. Die
 „Berl. Volksztg.“ laßt den wackelnden neuen „Herrn von und
 über Kronenbaum“ mit folgenden neuen Tönen:

„Eduard VII. wird sich durch den Ruf in der Verleumdung
 des Bundes der Verbündeten: „Zeit mit der Englander!“
 nicht ere machen lassen. Und der Herr v. Z. wird er
 Berlin besuchen, wo seine Erziehung schnell alle bösen Nach-
 reden, die ihm nachgestellt haben, niederzuschlagen wird. Die
 Periode des wilden Hens liegt weit zurück, er ist seit Jahren
 der erste Gentleman und Dandy von Großbritannien. . .
 Reichliche Generale haben bei den Nachrichten von den ge-
 planten Festlichkeiten und vielen Reden der höchsten Ränge
 in Südafrika mit Aufsehen gelangt: Wenn der Prinz von
 Wales sein großes Talent und seine schöpferische Thätigkeit,
 die er für die Civilisation eingelegt hat, der Mentoring aus-
 gewendet hätte, so würden solche Fähigkeiten nicht eingetieft
 sein. Er hätte das Vorbild in Berlin, wo jeder Knabe und
 jede Dame von der Geburt her reichlich durch Exerzieren
 und die Krone sich auf dem Feuille des Leistungsfähigkeit be-
 findet. Nachdem in Berlin König Eduard alle Besuche, die
 der Giltigkeit, der Verwundeten, den politischen und mili-
 tärlichen Beziehungen gelten, abgelehnt haben wird, begleitet
 er sich, dem Zuge seines Hergens folgend, nach der Schweders-
 akademie am Schloßplatz, von deren Thüren ein Transporter
 strahlen wird.“

Drum soll der Schweders mit dem König gehen.
 Sie beide wohnen auf der Menschheit haben.
 Wie vertheilt sollen die Loose der Gottbegnadeten:
 Milan stirbt, Wachs beilegt den Thron. Milan hat ihn
 schon mit 14 Jahren beilegt, Wachs kommt erst mit 60
 hinauf. Beide hülfen mehrer Tante und Detner, beide
 waren Geschäftler und Besitzer großer Schulden, Freunde der
 Damen. Aber der englische König verheiratet durch Exerzieren,
 bevor er zu den Vätern verreckt wird, Milan ging hin in
 seiner Sünden Mäntelchen. Der Serbe hatte persönliches
 Wohlgefallen im Arge, aber Glück im Spiel, dem Veten
 schickte dieses, und ging lieber in den Buren Fein. König
 Eduard wird Berlin erobern durch ein unüberwindliches
 Jodri und einen unüberwindlichen Schwäb.“

Man sollte dergleichen Beschlimmen sammeln und sie dem neuen
 Reich des wackelnden Beside zuführen, dann er sich auf die
 höchste Höhe vorarbeiten kann, die es falls er dann wirklich
 noch Reizung zu seinem Vertheil in Berlin empfinden sollte,
 verdrängen wird. Diese Anordnungen charakterisiren trefflich die
 Stimmung, welche im Volke ob der Englander, die jetzt in
 hohen Regionen bei uns gäng und läufig ist, herrscht, denn das
 deutsche Volk pflegt sonst hinsichtlich seiner Kulturanschauung
 zu verlangen, und die Berliner Bevölkerung vor allem betrachte
 es bisher als eine Ehrenpflicht, die Fälle des Herrscherhauses
 als ihre eigenen Sache zu betrachten. Das sie bei Eduard VII.
 eine Ausnahme machen wird, ist ihr nicht zu verdenken; der
 Berliner Magistrat dürfte sich jedenfalls auf schwere Kämpfe
 gefaßt zu machen haben, wenn er sich genöthigt sieht, an die
 Geldbewilligungskongress der Stabverordneten der Reichshauptstadt
 zu appelliren. Welche Art man aus allen diesen Er-
 weckungen Veranlassung, einen vertraulichen Wink nach London

ergehen zu lassen, damit allen Theilen unangenehme Situationen
 erspart bleiben.

Wähler und Nationalliberalen.
 Das Drohen der schubhäftigen Hochfinanzkreise bewußt
 sich schon seit einiger Zeit für eine Vertheilung mit den
 Nationalen durch die Vertheilung Stimmung zu machen, daß die
 derzeitigen Forderungen des Bundes der Landwirthe im
 Reichstag mit denen früherer Jahre unvereinbar ge-
 meinhätiger geworden seien. Die beiden „großen Mittel“, der
 Antrag König und die Doppelvertheilung, seien von den Agrariern
 fallen gelassen worden. Dieser haben die „Berl. N. Nachr.“ für
 die, in sehr durchsichtiger Weise verbreitete Auffassung in den
 Kreisen, für die sie bestimmt waren, wenn Gläubiger gefunden.
 Hervorragende Organe der nationalliberalen Partei, wie der
 „Komm. Cour.“, die „Magdebg. Ztg.“ und der „Saalb. Cour.“
 haben im Gegentheil eine energische Frontstellung
 gegen den Bund gerade jetzt, nachdem durch die
 schwächliche Haltung der Regierung den Agrariern der Stimm-
 nicht wenig abgeworfen ist, als die für die Partei allein
 empfehlenswerthe Taktik proklamirt. Hierüber dürfte
 jedoch jetzt aber das offizielle Organ der nationalliberalen
 Partei sich ebenfalls der Auffassung zuwenden, daß die
 Agrarier begehrenden Leute geworden seien. Aus den Ver-
 handlungen der Generalversammlung des Bundes hat die
 „Magdebg. Cour.“ den Eindruck gewonnen:

„Indem er sich diesmal ein wenig mehr auf die Devise stellt:
 „no quid nimis“, sicherte er der Vertheilung seiner Wünsche
 einen heiseren Boden und der Annäherung an das
 geliebte Ziel eine leichtere Möglichkeit.“

Die „Magdebg. Cour.“ ist ferner angenehm davon berührt,
 daß die von der Generalversammlung angenommene Resolu-
 tion zum Zolltarif die Forderung bestimmter Zollsätze ver-
 meidet. Das ist richtig. Es ist aber in der Vertheilung
 von mehreren Rednern kein Zweifel darüber gelassen worden,
 daß der Bund nach wie vor an der Forderung eines Min-
 destzolls von 7 1/2 M. festhält, so daß auch dieser Zoll
 nur ein „Nothbehelf“ sei, da das Ideal der agrarischen Ver-
 theilung, der Antrag König, zur Zeit nicht zu erreichen sei.
 Zu der Resolution wird aber ausdrücklich verlangt: „Die
 Würdichkeit des neuen Zolltarifs ist zu bewahren, daß sie
 die Erhaltung auskömmlicher Durchschnittspreise, wie
 sie die beiden Jahrzehnte 1870 bis 1890 aufwiesen, ermögliche,
 die diesen nicht unterschritten werden.“ Viele
 Durchschnittspreise werden sich ziemlich genau mit den in
 Antrag König geforderten Mindestpreisen. Herr v. Edenburg-
 Jenichan, der Referent zum Zolltarif, ging sogar noch weiter,
 indem er auf Grund eines Vergleiches des Durchschnittspreises
 des Jahreszolls 1870/80 mit dem letzten Preiserhöhrungs-
 des Jahreszolls von 202/50 M. „gerade die Kosten“ dessen
 wurde. Daraus ergiebt sich klar und unabweislich, daß
 die Agrarier sich nicht daran denken, ihre früheren Forderungen
 aufzugeben, wenn sie auch aus tatsächlichen Gründen sie nicht
 mehr so lähmend in den Vordergrund stellen wie früher. Wie
 die „Magdebg. Cour.“ unter diesen Umständen zu der oben er-
 wähten Auffassung gelangen kann, erscheint uns schwer
 verständlich.

Politik.

* Was der „Schl. Ztg.“ bisher nicht gelungen, glauben jetzt
 nationalliberale Blätter erreichen zu können. Und sie
 können die Kontravention bei der Erleichterung und beim
 Ergebe, indem sie ihnen mit den schwächlichen Reden vorsetzen, wie das
 Centrum durch die fangelegentliche Stellungnahme der Reichs-
 wahlern voll und ganz Regierungspartei wurde. Das Centrum
 erwidert darauf:

„Ob die Aussicht, auskömmliche Preise zu werden und sich
 durch Annahme der Kanalvorlage bei der Regierung einen Stimm
 im Brett zu verdienen, für das Centrum zu verlockend sein
 kann, wie die Wauer es darthun, möchten wir bezweifeln.
 Was wäre denn, wenn die Regierung wegen der Vorlage
 mit den Kontraventionen fräde und sich den Wählern zu-
 wenden wollte? Ob diese es zu der beständigen Stellung
 im Landtag bringen könnten, erscheint uns schon angeht
 des Herrenhauses fraglich. Schwerlich würde ihr Meant
 laugen Bestand haben. Für uns wäre es jedenfalls kein
 Gewinn gegenüber dem jetzigen Zustande. Denn die
 Liberalen haben sich stets abweisend gegen die Fode-
 rungen des Centrum verhalten, und der Kulturkampfs-
 geist, der namentlich bei den Nationalliberalen noch
 immer eine große Rolle spielt, würde die ganze liberale Partei
 bald wieder beherrichen. In Stelle der hohen konservativen
 Partei eine ebenbürtige liberale Partei zu sehen, läge daher
 nicht in unserem Interesse. Die Wähler des Reichstages
 werden nicht in der Lage sein, die fangelegentliche Stellung
 für das Centrum ganz anzuheben, allein das Ziel durch
 einen Bund der Regierung mit den Konservativen und die
 Mitglieder einer liberalen Partei erreicht zu sehen, läge kaum
 im Interesse des Centrum. Wir können die Kanalvorlage
 bezweifeln, doch von den Konservativen den Bund abzuleiten
 und sich bei der Regierung ins Brett zu machen, wird das
 Centrum die Vorlage nicht annehmen.“

Die Möglichkeit einer liberalen Landtagsmehrheit liegt leider
 gar nicht so nahe, wie das Centrum es hier darstellt. Das ist
 allerdings hauptsächlich die Schuld der Nationalliberalen, die oft
 governmentaler sein wollen, als die Regierung selbst. Es geht
 auch wenig von Würde, daß nationalliberale Blätter die Kon-
 servativen warnen, sich nicht vom Centrum in der Regierungskampfs
 überläßigen zu lassen.
 * Die Regierung geräth immer mehr in die Ge-
 walt der Agrarier, doch geht neuerdings wieder aus einer
 kurzen Notiz der aus dem Reichsfinanz-Amt bedienten
 Ministeren „Magdebg. Ztg.“ hervor, in der konstatirt wird, in
 parlamentarischen Kreisen überwiegt jetzt die Annahme, die Re-
 gierung werde verdrängen, der Zolltarif bis zum Mai dem
 Reichstag vorzulegen, außerdem gebe der Kaiser im preussischen
 Abgeordnetenhause nicht durch. Wenn das Wackelnde National-

Amerika.

Am dem Staate und Schutzbereich in Washington laufen unablässig Telegramme ein, die den auf in dieser Richtung ergriffenen Maßnahmen...
Am dem Staate und Schutzbereich in Washington laufen unablässig Telegramme ein, die den auf in dieser Richtung ergriffenen Maßnahmen...
Am dem Staate und Schutzbereich in Washington laufen unablässig Telegramme ein, die den auf in dieser Richtung ergriffenen Maßnahmen...

Annahme des Inter-Vertrags von Mexiko und Mexiko, welche von ca. 100 Personen besetzt ist...
Annahme des Inter-Vertrags von Mexiko und Mexiko, welche von ca. 100 Personen besetzt ist...
Annahme des Inter-Vertrags von Mexiko und Mexiko, welche von ca. 100 Personen besetzt ist...

und Konfliktfälle über in Magdeburg, Kietel, Baumner...
und Konfliktfälle über in Magdeburg, Kietel, Baumner...
und Konfliktfälle über in Magdeburg, Kietel, Baumner...

Straitenraum zu Halle.

Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...
Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...
Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...

Halle, 13. Februar. Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...
Halle, 13. Februar. Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...
Halle, 13. Februar. Dem hiesigen Schöffengericht war der Händlervater J. S. Hildebrand aus Hildberg wegen Verletzung der landesherrlichen Polizeiverordnung vom 20. Februar 1900 zu 3 M. Geldstrafe oder zu 1 Tage Haft verurteilt worden...

Die Ungültigkeit der Wohnverordnungen für meinen Ort hat den Gemeindevorstand Verletzt...
Die Ungültigkeit der Wohnverordnungen für meinen Ort hat den Gemeindevorstand Verletzt...
Die Ungültigkeit der Wohnverordnungen für meinen Ort hat den Gemeindevorstand Verletzt...

Provinzialnachrichten

Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...
Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...
Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...

Wittenberg, 13. Febr. Der Verein für Hebung des Wohlstandes...
Wittenberg, 13. Febr. Der Verein für Hebung des Wohlstandes...
Wittenberg, 13. Febr. Der Verein für Hebung des Wohlstandes...

Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...
Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...
Mühlentisch, 13. Febr. [Zur Verabreichung.]...

